

Laibacher Zeitung.

N^o 91.

Dinstag am 22. April

1851.

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 30 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzjährig 12 fl., halbjährig 6 fl. Für die Zustellung ins Haus sind halbjährig 30 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzjährig, unter Kreuzband und gedruckter Adresse 15 fl., halbjährig 7 fl. 30 kr. — Inzerationsgebühr für eine Spaltenzeile oder den Raum derselben, für einmalige Einschaltung 3 kr., für zweimalige 4 kr., für dreimalige 5 kr. C. M. Inzerate bis 12 Zeilen kosten 1 fl. für 3 Mal, 50 kr. für 2 Mal und 40 kr. für 1 Mal einzuschalten. Zu diesen Gebühren ist nach dem „provisorischen Gesetze vom 6. November l. J. für Inzerationsstempel“ noch 10 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen.

Amtlicher Theil.

Heute wird das XVI. Stück, III. Jahrgang 1851, des Landesgesetz- und Regierungsblattes für das Kronland Krain ausgegeben und versendet.

Laibach, den 22. April 1851.

Vom k. k. Redaktionsbureau des Landesgesetzblattes für Krain.

Se. Majestät haben mit a. h. Entschliessung vom 14. März l. J. über einen vom Handelsministerium zufolge eines Ministerrathsbeschlusses erstatteten a. u. Vortrag, den Kanzler des Generalconsulats in Warschau, Cyprian v. Kutz, zum k. k. Consul in Danzig mit den systemmäßigen Bezügen allergnädigst zu ernennen geruht.

Laibach am 16. April 1851.

Gustav Graf v. Chorinsky m. p.
k. k. Statthalter.

Se. k. k. Majestät haben die k. k. wirk. geheimen Rätthe:

Franz Freiherrn v. Krieg-Hochfelden,
Norbert v. Purkhart,
Ladislauß Szögyeny v. Magyar-Szögen,
Franz Grafen v. Bichy,
Anton Salvotti Ritter v. Eichenkrafz,
Andreas Ritter v. Baumgartner,
Franz Freiherrn v. Buol zu Bernburg,
dann den k. k. Kämmerer Hugo Karl Fürsten und
Altgrafen zu Salm-Reifferscheid-Krautheim

durch eigene Allerhöchste Cabinetschreiben vom 14. April d. J. in Allerhöchster Ihren Reichsrath zu berufen und zu Reichsräthen zu ernennen geruht.

Se. Majestät haben über einen Vortrag des Kriegsministers den Verpflegungsverwalter Anton Liebe Edlen von Kreuzner zum Verpflegs-Oberverwalter und Referenten bei dem Landes-Militärcommando in Agram allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. k. Majestät haben mit a. h. Entschliessung vom 11. April. d. J. zum Bischofe von Esanab den Domherrn am Metropolitancapitel zu Kolocsa und Dr. der Theologie Alexander Esajaghy zu ernennen geruht.

Se. k. k. Majestät haben mit a. h. Entschliessung vom 13. April d. J., die Stelle des Großprobstes am Raaber bischöflichen Domcapitel dem dortigen Domcapitular und Wieselburger-Archidiacon, Georg Eufich, allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Majestät haben mit a. h. Entschliessung vom 8. April. d. J., die drei erledigten Titularpropsteien S. Laurentii de Haj, de Oront und S. Maurilii de Bolh, die erste dem Pfarrer zu Mariatheresiopel, Adalbert Szorda, die zweite dem Pfarrer zum Zombor, Ernst Kelle, die dritte endlich dem Pfarrer zu Baja, Johann Herold, allergnädigst zu verleihen geruht.

Am 17. April 1851 wird in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien das XXVI. und XXVII. Stück des allgemeinen Reichsgesetz- und Regierungsblattes, und zwar das XXVI. vorläufig nur in der deutschen Allein- und in der italienisch-deutschen Doppelausgabe, das XXVII. aber bloß in der deutschen Alleinausgabe ausgegeben und versendet werden.

Das XXVI. Stück enthält unter Nr. 85. Das kaiserliche Patent vom 11. April 1851, über die Einführung der Einkommensteuer im lombardisch-venetianischen Königreiche für das Jahr 1851.

Mit diesem Stücke wird gleichzeitig das siebente Beilageheft, welches den a. u. Vortrag zu diesem Patente enthält, ausgegeben.

Das XXVII. Stück enthält unter Nr. 86. Das kaiserliche Patent vom 11. April 1851, womit für das Kronland Tirol und Vorarlberg die Grundsätze über die Leistung der Capitals-Entschädigung für alle in Folge der Durchführung der Grundentlastung aufgehobenen oder ablösbaren Bezüge, so wie über die Art, wie die den Verpflichteten obliegende Capitalszahlung zu leisten ist, angeordnet worden.

Nr. 87. Das kaiserliche Patent vom 11. April 1851, wodurch für Tirol und Vorarlberg das Verfahren der Behörde hinsichtlich der Zuweisung der Capitalsentschädigung für die in Folge der Grundentlastung aufgehobenen oder abzulösenden Bezüge geregelt wird.

Nr. 88. Das kaiserliche Patent vom 11. April 1851, wirksam für Oesterreich ob und unter der Enns, Salzburg, Tirol, Böhmen, Mähren, Schlesien, Steiermark, Kärnten, Krain, Istrien, dann Görz und Gradiška, wodurch für das Verwaltungsjahr 1852 die Einhebung eines 5procentigen Zuschlages zu allen directen Steuern zur Aufbringung der für die Durchführung der Grundentlastung erforderlichen Landesmittel angeordnet wird.

Mit diesem Stücke erscheint auch das zu Nr. 86 und 87 gehörige achte Beilageheft.

Wien, den 16. April 1851.

Vom k. k. Redaktionsbureau des allgemeinen Reichsgesetz- und Regierungsblattes.

Am 18. April 1851 wird in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien das XXVIII. und XXIX. Stück des allgemeinen Reichsgesetz- und Regierungsblattes, und zwar in der deutschen Allein- und sämtlichen neun Doppelausgaben ausgegeben und versendet werden.

Das XXVIII. Stück enthält unter Nr. 89. Das kaiserliche Patent vom 12. März 1851, betreffend die Durchführung der Grundentlastung in dem Gebiete des ehemaligen Freistaates Krakau. Nr. 90. Die kaiserliche Verordnung vom 19. März 1851, über die Gehaltsregulirungen der Facultäts-Professoren und jener der chirurgischen Lehranstalten.

Nr. 91. Die Verordnung des Justizministeriums vom 6. April 1851, über die Anwendung der §§. 41, 42, 165, 166 und 265 der Strafprozess-Ordnung auf Militärpersonen.

Mit diesem Stücke wird gleichzeitig auch das neunte Beilageheft ausgegeben, welches den a. u. Vortrag zum kaiserlichen Patente, Zahl 89, enthält

Das XXIX. Stück enthält unter Nr. 92. Das kaiserliche Patent vom 13. April 1851, wodurch das Statut für den Reichsrath erlassen wird.

Gleichzeitig erscheint das zehnte Beilageheft mit dem a. u. Vortrag zu diesem Patente.

Wien, den 17. April 1851.

Vom k. k. Redaktionsbureau des allgemeinen Reichsgesetz- und Regierungsblattes.

Wir Franz Joseph der Erste, von Gottes Gnaden Kaiser von Oesterreich; König von Ungarn und Böhmen, König der Lombardie und Venedigs, von Dalmatien, Croatien, Slavonien, Galizien, Lodomerien und Illyrien, König von Jerusalem &c. &c.

haben, in Ausführung der §§. 96 bis 98 der Reichsverfassung, nach eingeholtem Gutachten der unter dem Vorsitze Unseres Reichsraths-Präsidenten zusammengeordneten Commission und über Antrag Unseres Ministerrathes im Grunde der §§. 87 und 120 der Reichsverfassung folgendes Statut über den Reichsrath erlassen:

I. Abschnitt.

Bestimmung und Stellung des Reichsrathes.

§. 1. Der Reichsrath ist zur Berathung aller jener Angelegenheiten bestimmt, über welche er, im Sinne des §. 7. dieses Statutes, einen beratenden Einfluß auszuüben berufen, oder von Uns befragt, oder von Unserem Ministerrathe um sein Gutachten angegangen wird.

§. 2. Die vorzüglichste Aufgabe des Reichsrathes ist, Uns und Unser Ministerium durch seine Einsichten, Kenntnisse und Erfahrungen zu unterstützen, damit in der Gesetzgebung gebiegene Reife und Einheit der leitenden Grundsätze erzielt werde.

§. 3. Der Reichsrath ist ausschließlich und unmittelbar Uns untergeordnet; seine Stellung zu Unserem Ministerium ist jene der Nebenordnung.

§. 4. Sein Beruf ist ein rein beratender. In Ertheilung seines Rathes ist er unabhängig, selbstständig und in seiner freien Berathung gesichert.

§. 5. Aufträge zur Erstattung von Gutachten gelangen an den Reichsrath unmittelbar von Uns und Einladungen in gleicher Absicht von dem Ministerrathe. Einzelne Minister leiten die Vergutachtung eines Gegenstandes im Körper des Reichsrathes nur durch den Ministerrath ein. Eingaben von anderen Behörden, Körperschaften oder Privaten können keine Veranlassung zu Verhandlungen oder Berathungen des Reichsrathes geben, und sind, wenn sie nicht ausschließlich die inneren Angelegenheiten desselben betreffen, stets unerwiedert zu lassen.

§. 6. Die unmittelbar von Uns an den Reichsrath gehenden Gegenstände kommen demselben mittelst kaiserlichen Erlasses zu. Das Gutachten hierüber wird Uns unmittelbar vorgelegt.

Gegenstände, welche der Ministerrath an den Reichsrath leitet, sind zu diesem Behufe durch den Präsidenten des Ministerrathes an jenen des Reichsrathes zu übersenden. In diesem Falle ist auch das Ergebniß der reichsräthlichen Berathung sammt der Abschrift des Berathungsprotocolles an den Präsidenten des Ministerrathes zu leiten.

§. 7. Der Reichsrath wird in allen Fragen der Gesetzgebung gehört, und der Anhörung desselben in der Kundmachung der Gesetze erwähnt.

§. 8. Wir behalten Uns vor, die Ansichten und das Gutachten des Reichsrathes auch in andern Angelegenheiten zu vernehmen. Unserem Ministerium steht es frei, auch andere, hier nicht bezeichnete Gegenstände der Berathung und Begutachtung des Reichsrathes zu unterziehen.

§. 9. Dem Reichsrathe sollen von dem Ministerium nur ausgearbeitete Entwürfe zur Berathung und Begutachtung übergeben werden.

§. 10. Der Reichsrath hat keinerlei Initiative in Vorlegung von Gesetzes- oder Verordnungs-Vorschlägen. Sollten ihm jedoch bei einem seiner Berathung zugewiesenen Gegenstände Lücken, Mängel oder Bedürfnisse in der bestehenden Gesetzgebung auffallen, so ist er berufen, sie gleichzeitig mit der Abgabe seines Gutachtens bei Uns zur Sprache zu bringen.

§. 11. Das Resultat der Berathung des Reichsrathes kann das Ministerium in seinen Anträgen nicht binden. In den Angelegenheiten, welche im §. 7 bezeichnet sind, wird der Ministerrath seine Beschlüsse mit ihrer Begründung durch abschriftliche Mittheilung der Protocolle dem Reichsrathe zur Kenntnissnahme eröffnen.

§. 12. Sollten Wir für gut finden, dem Reichsrathe noch andere Attribute oder Functionen zuzuwenden, so werden Wir hierüber die weiteren Bestimmungen erlassen.

II. Abschnitt.

Zusammensetzung des Reichsrathes.

§. 13. Der Reichsrath besteht aus seinem Präsidenten, aus den Reichsräthen und aus zeitlichen Theilnehmern. Ein Stellvertreter des Präsidenten wird von Uns aus den Reichsräthen bestimmt.

Zur Besorgung der Hilfs- und Ordnungsgeschäfte werden ihm das Cabinetsarchiv im engeren Sinne, mit Vorbehalt der freien Benützung für das Ministerium, dann die weiters erforderlichen besonderen Organe in entsprechender Zahl zugewiesen.

§. 14. Alle Personalnennungen gehen von Uns aus. Wir behalten Uns übrigens vor, abgesehen zu bestimmen, welche Kategorien des Hilfspersonals und der Dienerschaft, dann unter welchen Bedingungen, der Wahl und Ernennung des Reichsrathes selbst oder seines Präsidenten überlassen werden.

Als Ehrentitel wird die Benennung Reichsrath nie ertheilt.

§. 15. Die Zahl der Reichsräthe wird, nach dem Bedürfnisse des Geschäftsumfanges, über den Vorschlag Unseres Reichsraths-Präsidenten, jeweilig von Uns bestimmt werden. Bei der Wahl der Reichsräthe wird auf die verschiedenen Theile des Reiches entsprechende Rücksicht genommen werden.

§. 16. Als zeitliche Theilnehmer des Reichsrathes können, zur gründlichen Erörterung und Aufklärung einzelner Gesetzentwürfe und Fragen, Männer aus allen Ständen und Theilen der Monarchie zeitweilig beigezogen werden, welche durch ihre Erfahrung, ihr Wissen, ihre gesellschaftliche Stellung zum Gesamtüberblicke der Verhältnisse befähigt, oder durch besondere Kenntnisse in den verschiedenen Fächern ausgezeichnet sind.

§. 17. Die Beschlüsse über die Zweckmäßigkeit oder Nützlichkeit der Einberufung und über den Gegenstand der Berathung, so wie über die Wahl der Theilnehmer, bleiben Uns in jedem besonderen Falle vorbehalten.

III. Abschnitt.

Pflichten und Rechte.

§. 18. Die Bestimmung und Zusammensetzung des Reichsrathes bezeichnen auch die Pflichten dieses Körpers und seiner Glieder.

Der Reichsrath hat bei allen seinen Arbeiten, mit Hintansetzung jeder anderen Rücksicht, nur das Heil der Krone und des Staates vor Augen. Er ist verpflichtet, ohne Rücksicht auf Lob oder Tadel, nach gewissenhafter Prüfung und männlicher Ueber-

zeugung, wahr und offen sein Gutachten auszusprechen und zu begründen, und in möglichst kurzer Frist, klar und deutlich verfaßt, abzugeben.

§. 19. Der Präsident und die Reichsräthe beschwören diese Verpflichtung in Unsere Hände, die zeitlichen Theilnehmer geloben dieselbe in die Hände des Präsidenten, und damit auch die Bewahrung des Geheimnisses über die Berathungen.

§. 20. Die Reichsräthe haben die, ihnen im ordnungsmäßigen Wege zukommenden Arbeiten, unabträglich der Gründlichkeit zu befördern, die wünschenswerth befundenen Behelfe und Aufklärungen zu sammeln, und überhaupt Alles vorzubereiten, was die erschöpfende Berathung des Gegenstandes sichert.

§. 21. Der Reichsrath ist berechtigt, durch seinen Präsidenten das willfährige Entgegenkommen der Ministerien in Anspruch zu nehmen, welche von den ihnen untergeordneten Behörden und Anstalten die zur Vollständigkeit der Arbeiten des Reichsrathes bezeichneten Behelfe herbeischaffen werden.

§. 22. Wenn zum Behufe von Aufklärungen über Vorlagen, von dem Ministerrathe oder dem Reichsrathe der Wunsch ausgesprochen wird, Mitglieder des einen oder des andern Körpers den Berathungen beizuziehen, so ist im Einvernehmen der beiden Präsidien die Art und Weise zu bestimmen, in welcher diesem Wunsche zu entsprechen ist.

§. 23. Es bleibt Uns vorbehalten, den Präsidenten des Reichsrathes, allein oder mit einzelnen Mitgliedern dem unter Unserem Vorsitze abzuhaltenen Ministerrathe beizuziehen. Bei dieser Berathung haben jedoch die Mitglieder des Reichsrathes keine entscheidende Stimme.

§. 24. Der Präsident des Reichsrathes hat den Rang unmittelbar nach dem Präsidenten des Ministerrathes.

Die Reichsräthe, als solche, haben gleichen Rang mit den Statthaltern.

§. 25. Die Enthebung vom Amte eines Reichsrathes wird, die Fälle der Beförderung zu andern Functionen, die Pensionirung wegen Alters oder erwiesener Gebrechen, und des nach den allgemeinen Gesetzen vorgesehenen Dienstverlustes ausgenommen, von Uns, nur nach Anhörung des Reichsrathes ausgesprochen werden.

§. 26. Die Besoldungen und Gebühren des Präsidenten, der Reichsräthe und der zeitlichen Theilnehmer, dann die Genüsse des Personals und der Dienerschaft werden von Uns bestimmt.

§. 27. In Beziehung auf Ruhegenüsse und aus der amtlichen Stellung entspringende Verhältnisse, gelten die bestehenden Vorschriften.

§. 28. Der Präsident und die Reichsräthe, dann die Beamten des Reichsrathes können außer Ordens- und Hofwürden, nebstbei weder ein anderes Staatsamt bekleiden, noch Mitglieder repräsentativer Wahlkörper seyn.

IV. Abschnitt.

Allgemeine Grundzüge der Geschäftsordnung.

§. 29. Die Ausarbeitung einer umfassenden Geschäftsordnung wird die erste Beschäftigung des Reichsrathes, nach erfolgtem Zusammentritte seyn, und Uns, so wie die Vorschläge über das Hilfspersonal und die Dienerschaft, den Besoldungsstand, die Genüsse und Gebühren, dann die materiellen Dienst-erfordernisse, vorgelegt werden.

§. 30. Die Verhandlungen des Reichsrathes sind nicht öffentlich.

§. 31. Der Reichsrath wird in Sectionen getheilt, deren Zusammensetzung und Geschäftskreis durch die Geschäftsordnung bestimmt werden wird.

Die Bildung der etwa nothwendigen Comitès bleibt dem Ermessen des Präsidenten überlassen.

Zur Leitung der Verhandlungen in den Sectionen oder Comitès wird einer der Reichsräthe vom Präsidenten bestimmt. Keine der Sectionen hat vor der andern einen Vorrang.

Ein Mitglied kann mehreren Sectionen oder Comitès angehören.

§. 32. Der Präsident des Reichsrathes verfügt innerhalb der festgesetzten Eintheilung die Geschäftszuweisung.

§. 33. Die an den Reichsrath im vorschriftmäßigen Wege gelangten Aufgaben sind, sobald die Vorarbeit vollendet ist, in Berathung zu ziehen, und die Antragsbeschlüsse mit gleichzeitiger genauer Ausführung aller Abstimmungen im Protocolle niederzulegen. Uebrigens ist nach §. 6 zu verfahren.

§. 34. Es steht jedem Rathe frei, seine besondere Meinung schriftlich dem Protocolle beizulegen.

§. 35. Kein berufener Reichsrath kann sich, außer in Angelegenheiten persönlicher Betreffnisse, oder wegen Erkrankung der Theilnahme und Abstimmung enthalten. Es darf aber auch kein, nach der Geschäftsordnung berufener Reichsrath (mit der obigen Ausnahme) übergangen oder ausgeschlossen werden.

§. 36. Die Geschäftsordnung wird bestimmen, welche Gegenstände in einer Plenarversammlung der Reichsräthe, und welche sectionsweise vorgetragen werden sollen.

§. 37. Bei der Einberufung zeitlicher Theilnehmer sind die Vorarbeiten, für welche sie geladen wurden, vor Allem ihrer eigenen Berathung zu unterziehen, welcher der Präsident selbst, oder durch einen Stellvertreter, vorzuziehen hat.

Dieser Berathung können die Reichsräthe beiwohnen.

Die im Protocolle niedergelegten Resultate der Berathung der zeitlichen Theilnehmer gelangen dann erst an den Reichsrath, wo sie nach dem Statute der Geschäftsordnung in weitere Verhandlung genommen werden.

§. 38. Es bleibt Uns vorbehalten, den Reichsrath unter Unserem Vorsitze Gegenstände erörtern zu lassen, worüber Wir jedesmal besondere Weisungen an den Präsidenten des Reichsrathes ertheilen werden.

§. 39. Die Einleitungen zum Vollzuge dieses organischen Gesetzes haben der Präsident des Ministerrathes und der Präsident des Reichsrathes, theils im Einvernehmen, theils jeder in seinem Bereiche, zu treffen.

Gegeben in Unserer Haupt- und Residenzstadt Wien, am dreizehnten April im Eintausend achthundert ein und fünfzigsten, Unserer Reiche im dritten Jahre.

(L. S.)

Franz Joseph m. p.

Schwarzenberg m. p. Ph. Krauß m. p. Bach m. p.

Bruck m. p. Thinnfeld m. p. Esorich m. p.

K. Krauß m. p. Kulmer m. p.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 21. April.

Sonntag den 20. d. M., früh um 9 Uhr, langte Ihre Kais. Hoheit die durchlauchtigste Frau Erzherzogin Sophie mit einem Separatzuge von Wien in unserer Stadt an, und setzte, nach Anhörung der heil. Messe in der Convents-Kirche der Ursulinerinnen, bald nach 10 Uhr Höchsthre Reise nach Triest fort. Möchte das vielgeprüfte Mutterherz, das die hohe Frau an das Krankenlager Ihres durchlauchtigsten Herrn Sohnes, Erzherzog Ferdinand Max, führt, sich bald an der Genesung des hohen Kranken erfreuen.

Correspondenzen.

Triest, 20. März.

... Heute spricht man viel in der Stadt, daß der durchlauchtigste Herr Erzherzog Ferdinand Maximilian unwohl sey; man befürchtet jedoch keine Gefahr.

Ueberrnorgen (Dienstag) wird der Sommerpa-ziergang „Boschetto“ mit zwei Musikbänden eröffnet. Am 1. Mai wird dort ein prachtvolles Feuerwerk seyn.

Morgen wird die italienische Schauspielergesellschaft „Morelli“ im großen Theater, und die deutsche Schauspielergesellschaft im „Teatro filodrammatico“ ihre erste Vorstellung geben. Mittwoch Abends wird die philharmonische Gesellschaft, welche unter der Lei-

tung des Musiklehrers Herrn D. Antoni in's Leben trat, ihr erstes Concert im Saale des grünen Berges geben, welcher prachtvoll hergerichtet wurde.

Nachdem die Gesellschaft des „österreich. Lloyd“ durch so viele Jahre ganz allein Dampfschiffe auf den österreichischen Küsten besaß, sah man gestern ein Circulare auf allen Straßenecken, welche dem Publicum ankündigt, daß auch Herr Gopcevič von hier, eiserne Dampfschiffe von 60 Pferdekraft in England bestellt habe, um mit einem von diesen die Verbindungen von Triest mit Venedig zu erhalten. Herr Gopcevič verspricht die Reisenden um einen Gulden wohlfeiler als der Lloyd nach Venedig zu befördern, und die Waren um 20 Procent billiger als der Lloyd aufzunehmen. Herr Gopcevič hat es mit einem zu starken Nebenbuhler zu thun, und nur die Zukunft wird zeigen, ob er sein gewagtes Unternehmen weiter aushalten werde. Gewiß ist indessen, daß dadurch dem Publicum eine große Erleichterung verschafft wird, was ohne Concurrenz nie geschehen kann, obschon der Lloyd nie ermangelte, das Publicum möglichst zu befriedigen.

Heute Nachmittag langte gegen 5 Uhr der Dampfer „Germania“ in 8 Tagen aus Constantinopel hier an und brachte die orientalische Post nebst 33 Reisenden. Bis jetzt konnte ich weder Briefe noch Journale sehen.

Österreich.

Wien, 19. April. Der Postvertrag zwischen der k. k. österreichischen und der fürstlich Thurn- und Taxis'schen Postverwaltung wegen Beitritt der letztern zum deutsch-österreichischen Postverein hat die Ratification des Hrn. Handelsministers Baron Bruck erhalten. Die Wirksamkeit des Vertrages beginnt mit 1. Mai 1851. Württemberg, beide Hessen und Nassau bleiben vorläufig ausgeschlossen.

— Bei den k. k. Bezirkshauptmannschaften werden Steuerinspectoren und Unter-Steuerinspectoren angestellt werden, denen die Aufsicht über die Verwaltung der directen Steuern, die Leitung der in ihrem Bezirke gelegenen Steuerämter und endlich das Ausmaß der Steuer bei Eigentumsveränderungen übertragen werden wird.

— Der „Times“ zufolge werden, dem Verlangen Oesterreichs gemäß, Kossuth, Batthyanyi, Méháros und die beiden Percel in Kiutahia noch ferner festgehalten werden.

— Ein Wiener Correspondent der „H. N.“ versichert, daß Fürst Metternich im August bestimmt in Wien eintreffen werde, wo die Villa am Rennwege für dessen Aufnahme hergerichtet wird.

— Für die Lehramts-Candidaten der Realschulen und technischen Anstalten werden wie für das Gymnasium eigene Prüfungscommissionen ernannt werden.

— Im Przemysler Kreise in Galizien haben fürchterlich wüthende Passatwinde die Winterfaaten völlig vernichtet.

— Der „Ezas“ berichtet einen tragischen Vorfall, der sich am 12. d. in dem Orte Michalowice bei Krakau ereignete. Die Gattin des dort amtierenden Offiziers Gh. goß bei Bereitung des Kaffees aus einer vollen Spiritusflasche den Inhalt derselben auf das bereits an der Kaffeemaschine brennende Feuer. Die Flasche entzündete sich und sprang, die Flamme übergießt ihre Kleider, und ungeachtet aller, vielleicht Anfangs nicht zweckmäßig angewandten Mittel, das Feuer zu löschen, mußte sie diese Unvorsichtigkeit mit dem Leben büßen. Sie ist am 14. in Krakau, wo man sie sogleich hingebraht hat, mit Hinterlassung von vier kleinen Kindern gestorben.

— Der hiesige ausgezeichnete Uhrmacher, Herr Rahenhofer, hat eine höchst kunstvolle Uhr vollendet, die auf einem großen und 72 kleinen Zifferblättern, sämtlich von einem Werke getrieben, die Zeit in Wien und 72 andern Punkten der Erde genau angibt. Dieses Werk ist für die Londoner Ausstellung bestimmt. Es wäre jedoch zu wünschen, daß dieses Kunstwerk für Wien erhalten bliebe.

— Der Musik-Director Andreas Leonhardt wurde zum „Armee-Kapellmeister“ ernannt. Sämmt-

liche Truppen, welche Musikbanden haben, können sich an denselben wegen Beforgung ihrer Musik-Angelegenheiten verwenden.

— Der Herr Minister für Landescultur und Bergwesen, Ritter v. Thinnfeld, ist von seinem Ausfluge nach dem Banate hier eingetroffen.

— Die „Nordb. Btg.“ will erfahren haben, daß Fürst Schwarzenberg in der nächsten Zeit nach Dresden zu gehen beabsichtigt, um dort noch einen Versuch der Einigung zu machen, eventuell aber die Conferenzen zu schließen.

— Man schreibt dem „E. B. a. B.“: F. M. Haynau hat sich entschlossen, die Memoiren seines thatenreichen Lebens zu verfassen. Während seiner letzten Anwesenheit in Wien hat er sich mit einem Publicisten, ehemaligen Redacteur eines hiesigen Blattes, in Verbindung gesetzt, damit dieser bei der Abfassung des Werkes dem Generale an die Hand gehe. Es stehen somit interessante Aufschlüsse in naher Zukunft bevor, da man bei der bekannten Freimüthigkeit Haynau's mit Sicherheit erwarten kann, er werde die geheimen Fäden jener interessanten Epoche, in welcher er die erste Rolle spielte, aufdecken, ohne sich durch persönliche Rücksichten leiten zu lassen.

— Wenn man Privatbriefen aus Belgrad Glauben schenken darf, berichtet das „E. B. a. B.“, so steht Serbien am Vorabende so mancher Begebenheiten, welche einen traurigen Nachsatz zu den bösnischen Wirren liefern dürften. Die Unzufriedenheit mit der Regierung des Fürsten, angesacht durch die Anhänger der Obrenovičs, wird immer lauter, und der Austritt des Ministers des Auswärtigen, Petronevič, soll eine Folge der ganz frei getriebenen Intriguen gewesen seyn. Kara Georgevič, dessen Geschicklichkeit und persönlichen Muth Niemand in Abrede stellt, kann die Lage der Dinge wohl nicht ignoriren, doch scheint er dieselbe etwas zu unterschätzen. Er vertraut dem glücklichen Geschick, das ihn zur Regierung berufen, ohne zu bedenken, daß ihm dieses Vertrauen von mehreren Seiten zum Vorwurf gemacht wird. Die englische Diplomatie verfolgte, wie begreiflich, mit gespannter Aufmerksamkeit diese Angelegenheit, und findet in der Thätigkeit und den Talenten des Generalconsuls, Hrn. Fonblam, eine genügende Unterstüßung. Der Einfluß des russischen Generalconsuls, Hrn. v. Lewewes, wird auch von Niemand bezweifelt. Was die Beziehungen Oesterreich's unter diesen Umständen betrifft, so mag bei dieser Gelegenheit gesagt seyn, daß wir bei ernstlichen Verwicklungen, trotz unserem gegenwärtig anscheinend passiven Benehmen, zur gehörigen Zeit ein lechtes und tröstliches Wort zu sprechen wissen werden.

(Wand.)

— Der k. k. Major Ernst, welcher früher den Vorsitz beim Kriegsgerichte in Arab führte, in letzterer Zeit Referent beim Pesther Kriegsgerichte war, ist schleunigst nach Altona berufen worden.

* **Wien, 18. April.** Die Berliner „Constitutionelle Zeitung“ und nach ihr auch viele andere preussische Zeitungen, brachten eine aus österreichisch-Schlesien unterm 4. April datirte Correspondenz, vermöge welcher in dem Orte Sagz (Sowatsch) „eine Verschwörung entdeckt worden wäre, die einen neuen polnisch-magyarischen Aufstand und dabei die Ermordung aller Deutschen in Galizien zum Zwecke hätte.“ Der Krakauer „Ezas“, so wie ein Krakauer Correspondent des „Vid. Dennik“ erklären diese Nachricht für eine rein aus der Luft gegriffene Fabel, da in dem nahen bekannten Orte Sagz nicht im mindesten die politische Stille unterbrochen worden wäre. Der Correspondent des letztgenannten Blattes versichert, daß die Zeit derartiger Kundgebungen in Galizien lange vorüber sey.

* — Zur Bewerbung evangelischer Gemeinden um Unterstüßung aus dem Gustav-Adolph-Bereine mußte, nach den bisher bestandenen Vorschriften, früher die Bewilligung der bestandenen vereinigten Postkanzlei, gegenwärtig des Cultusministeriums, von Fall zu Fall eingeholt werden. Davon soll es in der Folge, wie wir vernehmen, abkommen, und die

k. k. evangelischen Consistorien Augsburgischer und Helvetischer Confession ermächtigt werden, diese Bewilligung von Fall zu Fall zu ertheilen.

* — Se. Majestät Kaiser Ferdinand hat der Fürst Windischgrätz-Stiftung ein Geschenk von 2000 fl. E. M. zugewendet.

— Die neu zu errichtenden Eisenbahnbauten finden in Ungarn den lebhaftesten Anklang. Vorzüglich wichtig erscheint die rasche Ausführung der Pest-Debrecziner und Pest-Szegediner Linie, nur ist es noch unentschieden, welche von beiden zuerst gebaut werden soll. Die Comitats Békésch, Csanád und Szeged wollen unter Anführung des Grafen Appony um den sogleichen Bau der letztern Linie bitten. Mehrere Städte, wie Szegedin und Debreczin, haben sich freiwillig angeboten, dem Staate das nöthige Areal, wie auch einen Theil des nöthigen Holzes unentgeltlich abzutreten.

— Die Wichtigkeit der österreichischen Telegraphenlinie für den Verkehr zwischen England und Ostindien mag aus dem Umstande erhellen, daß unmittelbar nach dem Eintreffen der letzten ostindischen Post in Triest eine aus 800 Worten bestehende telegraphische Depesche sofort von Triest nach Ostende telegraphirt wurde.

— In Ungarn soll, außer der bereits systemisirten Cadetten-Compagnie in Weihen, noch eine andere errichtet werden. In der Wahl der Localität schwankt man zwischen Steinamanger und Eisenstadt.

— Der „Geschäftsbericht“ macht darauf aufmerksam, daß Briefe von hier nach England frankirt, und von England hieher unfrankirt geschickt werden mögen. In beiden Fällen kosten sie 29 kr. Schickt man hingegen von Wien einen unfrankirten Brief nach England, so muß der Empfänger daselbst 1 fl. 6 kr. zahlen.

— Die Pesther Handelskammer will bei der Regierung um die Rückerstattung der Verzehrungssteuer ansuchen, welche von Artikeln bezahlt wird, die wieder ausgeführt werden.

— In Triest wurde am 11. d. die Schiffswerfte San Marco von Seite der Eigenthümer an die k. k. Kriegsmarine übergeben. Die Anlage des Marine-Arsenals an jenem Orte ist demnach entschieden.

— Das Haus Tomaso Perelli-Paradisi und Comp. in Mailand wird demnächst eine großartige Expeditions-Unternehmung in's Leben treten lassen. Sie wird nämlich die von Triest auf Seebarken spedirten Waren an der Mündung des Po auf eiserne Barken ausladen und auf den Po bis Pavia, und von da nach Mailand führen lassen.

— Die englische Regierung hat mehrere Regierungen des Continents eingeladen, Polizeiagenten nach London während der Ausstellung zu schicken, um die englische Polizei in der Ueberwachung gefährlicher oder verdächtiger Individuen zu unterstützen.

— Es heißt, daß zum Statthalter von Ungarn ein k. k. Erzherzog (das Gerücht bezeichnet den Prinzen Leopold) ernannt werden soll. Baron Gehringer soll sich gegen die Annahme dieses hochwichtigen Postens entschieden erklärt haben.

— Bei der ungarischen Abtheilung des k. k. obersten Gerichts- und Cassationshofes sollen die Agenturen eingeführt werden, und die Betreffenden den Titel k. k. Notare erhalten.

— Das Marine-Commando in Triest hat den Stadtrath um unentgeltliche Abtretung des Grundes von St. Andrea ersucht, woselbst das neue Arsenal erbaut werden soll.

— Dem Vernehmen nach wurde FML. Fürst Carl Schwarzenberg zum Militär- und Civil-Gouverneur von Siebenbürgen ernannt.

— Die Verwaltungen der verschiedenen deutschen Eisenbahnen haben sich geeinigt, als Fortsetzung der von Wien kommenden Züge, von Berlin aus täglich um 6 Uhr Morgens einen Schnell-Zug abgehen zu lassen, welcher in 16 Stunden in Köln ankommen wird. (Die gewöhnlichen Züge brauchen von Berlin nach Köln 22 Stunden.) Die belgischen und französischen Eisenbahnverwaltungen haben sich diesem

Unternehmen angeschlossen und der Berliner Eilzug wird bis Paris verlängert, so daß die Reise von Berlin nach Paris weniger als 36 Stunden dauern wird.

— Der „D. Z. a. B.“ wird geschrieben, daß von Seiten Hannovers Vermittlungsvorschläge an die österr. Regierung in Bezug auf die Differenzen derselben mit Preußen, gelangt seyen. Fürst Schwarzenberg will jedoch durchaus keine andere Entscheidung, als jene der in Dresden versammelten Mächte oder die des alten Bundestages anerkennen.

— Die Verhandlungen zwischen Oesterreich und der Pforte, bezüglich der ungarischen Flüchtlinge, sind noch zu keinem Resultate gediehen. Die türkische Regierung hat sich bereit erklärt, alle Flüchtlinge ohne Ausnahme kostenfrei nach England einzuschiffen; dagegen verharret Oesterreich bei seiner früheren Forderung, daß 14 namentlich benannte Flüchtlinge noch zwei Jahre internirt bleiben. Die englische Regierung scheint die türkischen Vorschläge nur dann genehmigen zu wollen, wenn die Flüchtlinge bei ihrer Einschiffung eine bestimmte Erklärung abgeben, von England ohne längern Aufenthalt nach Amerika zu übersiedeln.

* **Wien**, 18. April. Auf telegraphischem Wege ist die schmerzliche Nachricht von dem heute Früh um 8 Uhr in Pesth erfolgten Hinscheiden Sr. Exc. des Herrn Civil- und Militärgouverneurs von Siebenbürgen FML. Freiherr von Wohlgemuth eingetroffen.

* — 19. Der „Wanderer“ hatte in einer jüngst aus Amerika gebrachten Correspondenz gemeldet, der polnische General Chlopicki befände sich zu Peoria in Nordamerika und besäße dort ein Kaffeehaus. Die polnischen Blätter „Gaz“ und „Goniec“ die über die Verhältnisse der Emigranten stets gut unterrichtet zu seyn pflegen, erklären diese Mittheilung für ungegründet und fügen bei, daß General Chlopicki fortwährend zu Krakau in stiller Zurückgezogenheit lebt.

* — Die „Preßburger Zeitung“ meldet aus Pesth: Die Einführung des Tabakmonopols werde der Tabakconsumtion keinen wesentlichen Nachtheil zufügen, da mehrere Trafikanten, welche bereits seit Jahren den Tabakhandel betreiben, versichern, sie haben nie durchschnittlich so viel Tabak und Cigarren verkauft, als eben jetzt.

— Die Pesther Kaufleute beabsichtigen das Ministerium um die Errichtung einer Filialbank zu bitten.

— Auf Anregung des verdienstvollen Hofrathes des k. k. Gerichts- und Cassationshofes von Peller ist den Concipisten der ungarischen Senatsabtheilung dieses obersten Tribunals mittelst Präsidialeröffnung bedeutet worden, daß sie fortan den Rathssitzungen dieser Senatsabtheilung beiwohnen, und abwechselnd mit den Secretären die Rathsprotocolle zu führen haben. Durch diese Einrichtung ist den Concipisten Gelegenheit geboten, ihre Fähigkeiten zu erproben und sich eine größere Ausbildung ihrer juridischen Kenntnisse zu verschaffen.

* **Triest**, 18. April. Die ostindische Presse beginnt sich für das neue Dampfschiffahrts-Unternehmen des österreichischen Lloyd lebhaft zu interessieren. So liest man z. B. im „Madras Spectator“: „Wir vernehmen, daß eine Schrift, welche die Triester Compagnie auffordert, sich auf der Linie von Aegypten hieher mit der orientalischen in Concurrnz zu setzen, und ihr alle Beihilfe zusichert, welche die Unterzeichner zu leisten im Stande sind, in dieser Präsidentschaft circulirt und bereits die Unterschrift der angesehensten Männer trägt. Möge das Unternehmen mit dem besten Erfolge gekrönt werden.“ Und in einer bengalischen Zeitung heißt es: „Wenn die Projecte, mit denen man sich jetzt beschäftigt, und bei der Dampfschiffahrt in den ostindischen Gewässern eine heilsame Concurrnz eintreten zu lassen, zum Ziele führen, so wird das Monopol der „Peninsular and Oriental Company“ bald auf befriedigende Weise beseitigt seyn.“

* **Venedig**, 14. April. Die politischen Behörden sind angewiesen worden, die wegen des Tabak-

rauchens auch hier, obwohl nur im geringen Maße, vorgekommenen Demonstrationen unter keiner Bedingung zu dulden.

Deutschland.

— Die kurhessische Regierung wird, durch Geldnoth getrieben, auf Grund eines neuen Wahlgesetzes schleunigst eine neue Ständeversammlung zusammenreten lassen. — Wie man vernimmt, sollen FML. Graf Leiningen und Herr Ulden demnächst von Kassel abgehen. An ihre Stelle soll dann zur Vereinfachung der Geschäfte nur ein Bundescommissär treten.

— An die für Holstein erwählten Notablen i. aus Kopenhagen die amtliche Anfrage gelangt, ob sie eine Berufung des Königs zu einer beratenden Versammlung annehmen würden, die in Flensburg Mitte Mai beginnen soll.

— In Kassel bewährt sich Herr v. Rothschild als Beschützer der Verfassung. Der genannte Finanzier will nämlich nur unter Garantie der verfassungsmäßigen Ständeversammlung sich zu einem Anlehen verstehen. Ja, es scheint fast, als habe er vollwichtige Bedenken, sich mit irgend einer beliebigen octroyirten Ständeversammlung zu begnügen.

— In Nürnberg wird sich am 29. Juli d. J. der General-Congreß sämtlicher Eisenbahn-Directionen Deutschlands versammeln.

— In den um Frankfurt a. M. liegenden Ortschaften ist, in Folge der in letzter Zeit zwischen Preußen und Oesterreich vorgekommenen Schlägereien, neuerdings eine Demarcationslinie gezogen worden, um das Zusammentreffen der feindlichen Parteien zu verhindern.

— In der Hassenpflug'schen Prozeßangelegenheit zu Greifswalde ist ein neuer Termin im Monat November anberaumt worden.

Schweiz.

— Die Regierung von Aargau befindet sich mit der badischen in Zwistigkeit. Vor einigen Wochen verfolgte ein badischer Gensd'arm eine Badenserin über die Lausburger Rheinbrücke auf schweizerisches Gebiet, ergriff sie und führte sie zurück. Der Gensd'arm wurde bei einem Besuche in Lausburg gefangen genommen und wegen begangener Gebietsverletzung in Untersuchung gezogen. Als Repressalie wurde ein aargauischer Landjäger in Säckingen verhaftet, aber kurze Zeit darauf mit der Erklärung entlassen, daß man nicht Gleiches mit Gleichem vergelten wolle.

Italien.

* **Florenz**, 13. April. Laut der heutigen Nummer des „Conservatore costituzionale“ ist der toscanische Ministerpräsident Baldasseroni von Rom nach Neapel abgereist, offenbar zunächst in der Absicht, daselbst seinen Souverän zu begrüßen. Man will jedoch wissen, daß es sich außerdem noch um die Beseitigung von Hindernissen handle, welche das Ministerium des Herzogthums Parma dem österreichischen Vorschlage, Triest und Livorno durch eine Eisenbahn zu verbinden, in den Weg stelle. Weiter wird erzählt, daß es sich um die Stiftung eines Bündnisses zwischen Neapel, Rom, Toscana, Parma und Modena handle, welche Staaten sich gegenseitige Hülfsleistung zusichern sollen, um die Intervention fremder Mächte vorkommenden Falls entbehrlich zu machen. — Die Schriften des piemontesischen Ministerpräsidenten d'Azeglio sind zu Livorno verboten worden.

Frankreich.

— Die französische Regierung hat in einer Note an die Schweiz sich entschieden gegen die Beförderung der dort ausgewiesenen französischen Flüchtlinge nach England erklärt, und fordert deren Transportirung nach Amerika.

Großbritannien und Irland.

— Lord Palmerston soll den Großmächten die beruhigendsten Zusicherungen in Betreff der in Lon-

don weilenden Flüchtlinge gegeben haben. Zwei Clubs sind bereits geschlossen, die übrigen würden streng polizeilich überwacht.

Amerika.

— San Francisco sieht mit erstaunlicher Schnelligkeit in allen Richtungen Verbesserungen entstehen. Gebäude wachsen allenthalben wie durch Zaubermacht hervor, und das Erfreulichste ist dabei, daß viele derselben aus Stein aufgeführt werden. Beim Magistrat ist ein Vorschlag eingegangen, die Stadt gratis mit Gas zu erleuchten. — In der Umgebung der Stadt fängt man jetzt an, Gemüse zu bauen, besonders Kartoffeln, welche man bis jetzt meist von den Sandwichsinseln erhielt. — Die „Alta California“ hat eine Nummer des Blattes, mit den verschiedenen Goldsorten der Californischen Minen gedruckt, nach der Londoner Ausstellung gesandt, welche dort gewiß Sensation machen wird.

Neues und Neuestes.

Wien, 19. April. Der „D. Z. a. B.“ wird geschrieben, daß Fürst Schwarzenberg den auswärtigen Mächten, welche gegen den Eintritt Gesamtösterreichs in Deutschland protestiren, seine Erklärung dahin abgeben wird, daß er diese Angelegenheit als eine ausschließlich von der Competenz des Bundestages abhängige betrachte und keinem Proteste von irgend einer Seite her Geltung geben könne, wenn nicht der Bundestag selbst davon Kenntniß nähme.

Triest, 21. April. Se. k. Hoheit Erzherzog Ferdinand Max war dieser Tage an einem rheumatischen Fieber erkrankt, befindet sich gegenwärtig auf dem Wege der befriedigendsten Reconvalescenz.

— Se. kaiserliche Hoheit Erzherzog Johann wird das Frühjahr in Triest zubringen.

— In Bezug auf die Fortdauer der Dresdner Conferenzen hat die preussische Regierung ausdrücklich erklärt, daß sie in der Beschickung des Bundestages ein Aufgeben der Conferenzen in Dresden als nothwendig nicht zu erkennen vermöge, vielmehr lebhaft deren Fortdauer wünschen müsse.

— In Graz soll vor den am Osterdinstage zu eröffnenden Assisen auch der Prozeß des dortigen Blattes „das Urchristenthum“, wegen „Religionsstörung“, zur Verhandlung kommen. Man ist daselbst auf das Resultat des Prozeßes außerordentlich gespannt.

Telegraphische Depeschen.

— **Paris**, 18. April. Zwischen Minister Baroche und Lord Normanby hat eine (wie es scheint, neuerliche) Verhandlung über die Flüchtlinge Statt gehabt. Es geht das Gerücht, der Präsident werde seinen Sommeraufenthalt in Vincennes nehmen.

Garlier läugnet, daß die Gesellschaft „Dir Decembre“ sich reorganisiert habe. Die um Paris liegenden Ortschaften sind sehr stark mit Truppen besetzt. Man vermuthet, daß die Erneuerung des Clubgesetzes beantragt werden wird.

— **Madrid**, 13. April. Das Ministerium hat den General Narvaez die Heimkehr verweigert. Die Documente in der Staatsschulden-Angelegenheit sind zur Rechtfertigung des Verfahrens der Regierung veröffentlicht worden.

— **Paris**, 16. April. Die Regierung beabsichtigt Gesetze zu beantragen, vermöge welchen alle Beschäftigungslosen aus Paris ausgewiesen, ferner den französischen Flüchtlingen Publicationen in Frankreich verboten werden. Der „Moniteur“ erklärt das Gerücht wegen einer Revision der Verfassung durch die Generalräthe für falsch. Der Justizminister fordert die Procuratoren zur strengsten Presscontrolle auf. Legislative — Ferien.

— **London**, 15. April. In Portugal haben revolutionäre Demonstrationen Statt gefunden. Sal-danha ist an der Spitze des Militärsturmwechsels. Thomaro fordert seine Entlassung. Die Regierung besitzt nur wenig Regimenter auf ihrer Seite und findet im Volke keine Stütze. Palmerston erklärt, eine Collectivbeschwerde der Großmächte über die Londoner Flüchtlinge sey nicht eingegangen.